



## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
02.09.2015 und die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit Potsdam  
Mittelmark vom 24.06.2015
- 3 Entwicklungsbereich Krampnitz - Durchsetzung des Grunderwerbs von  
Landesflächen  
Vorlage: 15/SVV/0455  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Mieterinitiative Großbeerenstraße  
Vorlage: 14/SVV/1079  
Fraktion DIE LINKE
- 4.2 Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen  
Vorlage: 15/SVV/0043  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.3 Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Staufalle  
Vorlage: 15/SVV/0159  
Fraktion DIE LINKE
- 4.4 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße  
Vorlage: 15/SVV/0164  
Fraktion SPD
- 4.5 Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 15/SVV/0609  
Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit
- 4.6 Wohnungsnot wirksam begegnen - Wohnen muss bezahlbar bleiben  
Vorlage: 14/SVV/0628  
Fraktion DIE LINKE
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Anpassung von Eintrittspreisen der Bäder der Stadtwerke Potsdam GmbH
- 5.2 Entwicklungsbereich Krampnitz - 9. Sachstandsbericht  
Vorlage: 15/SVV/0587  
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

- 5.3 Handlungskonzept Papierkörbe einschl. Dog- Station  
Vorlage: 15/SVV/0606  
Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen
- 5.4 Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH  
Vorlage: 15/SVV/0683  
Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung
- 6 Sonstiges

### **Nicht öffentlicher Teil**

- 7 Feststellung der nicht öffentlichen Tagesordnung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2015 und der außerordentlichen nicht öffentlichen Sitzung vom 23.09.2015
- 8 Verkauf des Grundstücks Am Lehnitzsee  
Vorlage: 15/SVV/0635  
Oberbürgermeister, FB Finanzen und Berichtswesen
- 9 Verkauf eines Grundstücks in der Sonnenlandstraße  
Vorlage: 15/SVV/0676  
Oberbürgermeister, Fachbereich Finanzen und Berichtswesen
- 10 Mitteilungen der Verwaltung
- 10.1 Sachstand - Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder
- 11 Sonstiges

### **Niederschrift:**

#### **Öffentlicher Teil**

##### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

##### **zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 02.09.2015 und die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung mit Potsdam Mittelmark vom 24.06.2015**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister folgende Änderungen vor:

- den Tagesordnungspunkt 3, Entwicklungsbereich Krampnitz - Durchsetzung des Grunderwerbs von Landesflächen, DS: 15/SVV/0455 und
- den Tagesordnungspunkt 4.2, Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen, DS: 15/SVV/0043, weiterhin **zurückzustellen**.

Herr Dr. Scharfenberg bittet zum Entwicklungsbereich Krampnitz um eine Information zum aktuellen Sachstand. Der Oberbürgermeister verweist auf die richterliche Empfehlung, Verhandlungen aufzunehmen. Die Bereitschaft, Vertragsverhandlungen zu führen, so Herr Nicke, sei von der Gegenseite signalisiert worden.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, wann die DS 15/SVV/0043 abschließend im Hauptausschuss behandelt werden könne, entgegnet Herr Schüler namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass dies von weiteren Gesprächen abhängig sei. Die Fraktion werde sich bemühen, diese bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zum Abschluss zu bringen.

Im Weiteren schlägt der Oberbürgermeister vor, unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ über die aktuelle Flüchtlingssituation zu berichten sowie über die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Berlin-Brandenburg zur sogenannten „Bettensteuer“ und die genehmigte Bürgschaft für den Badneubau.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

Im Weiteren berichtet der Oberbürgermeister über die erfolgreiche Einigung im Tarifstreit um die Löhne der Erzieherinnen, weil seitens der Arbeitgeber eine nochmalige Verbesserung zur Schlichtungsvereinbarung abgegeben worden sei. Damit seien weitere Streiks im Herbst verhindert worden, vorausgesetzt, neben dem Kommunalen Arbeitgeberverband stimmen auch die Gewerkschaften in der nächsten Woche zu.

Er beziffert die Mehrkosten der Einigung auf 315 Millionen Euro - gegenüber dem letzten Vorschlag sei das Angebot noch einmal um neun Millionen Euro erhöht worden. Die Einigung habe eine Laufzeit bis 2020.

Gegen die Niederschrift der gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses mit dem Kreisausschuss von Potsdam-Mittelmark vom 24.06.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 22. Sitzung des Hauptausschusses vom 02.09.2015 gibt es keine Einwände; die Niederschrift wird mit Stimmenmehrheit, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### **zu 3      Entwicklungsbereich Krampnitz - Durchsetzung des Grunderwerbs von Landesflächen**

**Vorlage: 15/SVV/0455**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

**zurückgestellt**

## zu 4 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

### zu 4.1 **Mieterinitiative Großbeerenstraße**

**Vorlage: 14/SVV/1079**

Fraktion DIE LINKE

Herr Nicke führt zum aktuellen Sachstand aus, dass 3 Kaufverträge im September 2015 beurkundet worden seien; 2 weitere noch ausstehen und ein Vertrag zurückgestellt worden sei, um nach Lösungen zu suchen. Geprüft werde derzeit das Anliegen von 2 Mietern, zwei Grundstücke erwerben zu wollen.

Herr Dr. Scharfenberg schließt daran an, dass Herr Krause, Fraktion SPD, und er selbst an den Gesprächen teilgenommen haben und es nun gelungen sei, das Anliegen auf den Weg zu bringen. Er sei optimistisch, dass dies auch erfolgreich zum Abschluss gebracht werden könne.

Gegen seine Bitte, den Antrag bis dahin **zurückzustellen**, erhebt sich kein Widerspruch.

### zu 4.2 **Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen**

**Vorlage: 15/SVV/0043**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**zurückgestellt**

### zu 4.3 **Kein Umbau der Zeppelinstraße zur Stauffalle**

**Vorlage: 15/SVV/0159**

Fraktion DIE LINKE

Der Oberbürgermeister ruft die Tagesordnungspunkte 4.3 und 4.4 gemeinsam auf und verweist auf die im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung sowie im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschlossenen Empfehlungen.

Mittlerweile gebe es mit der DS 15/SVV/0620 einen weiteren fraktionsübergreifenden Antrag, der in beiden o.g. Ausschüssen mit Änderungen und Ergänzungen zur Annahme empfohlen, aber von der Stadtverordnetenversammlung nicht in den Hauptausschuss überwiesen wurde.

Er schlägt zum weiteren Verfahren vor, die Voten der Fachausschüsse zur Kenntnis zu nehmen.

Herr Dr. Scharfenberg spricht sich gegen diesen Verfahrensvorschlag aus, da die Fraktion DIE LINKE sich gegen den Modellversuch und der damit verbundenen Einengung der Zeppelinstraße ausgesprochen habe. Er schlägt seinerseits eine abschließende Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 07.10.2015 vor.

Auf seine Nachfrage, wie die Verständigung mit Potsdam-Mittelmark erfolgt sei, verweist der Oberbürgermeister darauf, dass er den Landrat vor dem Hintergrund des anstehenden Modellversuchs nochmals angeschrieben und der Landrat für die Dauer des Modellversuchs sein Einverständnis erklärt habe.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass nach seinen Informationen sich sowohl die Fraktion SPD im Kreistag als auch der Landrat gegen den Modellversuch und gegen eine Einschränkung der Zeppelinstraße ausgesprochen haben. Er wolle die Positionierung belegbar wissen. Daraufhin zitiert der Oberbürgermeister aus dem Schreiben des Landrates vom 16.09.2015. Er werde Herrn Dr. Scharfenberg eine Kopie zur Verfügung stellen. Für ihn sei dieses Schreiben maßgebend, so der Oberbürgermeister.

Da sich im Ergebnis der Diskussion kein ein eindeutiges Votum zum Verfahrensvorschlag des Oberbürgermeisters abzeichnet, stellt er die Frage, ob in der heutigen Hauptausschusssitzung darüber abgestimmt werden soll zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 8

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 3

Somit wird die o.g. DS wird zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass anstehende Planungen zu einem Umbau der Zeppelinstraße nicht zu gravierenden Leistungseinschränkungen, insbesondere durch eine Reduzierung auf eine Fahrspur, führen dürfen.

Die Stadtverordnetenversammlung, die Anwohnerinnen und Anwohner und der Landkreis Potsdam-Mittelmark sind frühzeitig in entsprechende Planungsprozesse einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 4

Ablehnung: 9

Stimmenthaltung: 2

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 4.4 Bürgerbeteiligung bei den Planungen Zeppelinstraße**

**Vorlage: 15/SVV/0164**

Fraktion SPD

**zurückgezogen**

**zu 4.5 Wohnungspolitisches Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 15/SVV/0609**

Oberbürgermeister, FB Soziales und Gesundheit

Frau Müller-Preinesberger bringt die Vorlage ein.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion sowie der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfehlen, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass dieses Konzept die Voraussetzungen erfülle, Richtschnur für das weitere Handeln zu sein und verknüpft damit die Erwartung, dass dieses ein lebendiges System sei, welches aktualisiert und fortgeschrieben

werden könne.

Der Oberbürgermeister unterstreicht, dass sich mit dieser Thematik alle wohnungswirtschaftlichen Unternehmen – auch Privatunternehmen – auseinandersetzen müssen und das Konzept die grundsätzliche Orientierung dafür sei.

Bezüglich der Erwartung an eine Aktualisierung und Fortschreibung verweist er auf die Flüchtlingsproblematik, die neue Herausforderungen stelle sowie auf die avisierte erhöhte Förderung des Landes.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das wohnungspolitische Konzept für die Landeshauptstadt Potsdam (s. Anlage) ist als Handlungsrahmen für die städtische Wohnungspolitik anzuwenden.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die vorgeschlagenen Maßnahmen und Instrumente umzusetzen.
3. Entscheidungen zu Maßnahmen und Instrumenten mit Auswirkungen auf den Haushalt sind mit gesonderten Beschlussvorlagen vorzubereiten.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>14</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>1</b>

**zu 4.6 Wohnungsnot wirksam begegnen - Wohnen muss bezahlbar bleiben**

**Vorlage: 14/SVV/0628**

Fraktion DIE LINKE

Mit Vorlage des wohnungspolitischen Konzeptes hat sich dieser Antrag erledigt.

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Anpassung von Eintrittspreisen der Bäder der Stadtwerke Potsdam GmbH**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Böhme von den Stadtwerken Potsdam und Frau Sellow von der Bäderlandschaft Potsdam. Der Hauptausschuss werde über die Anpassung der Eintrittspreise informiert, weil die Preisgestaltung in die Zuständigkeit des Aufsichtsrates falle, so der Oberbürgermeister.

Herr Böhme erläutert anschließend per Power-Point-Präsentation die Situation der Bäder, einschließlich der Strandbäder und begründet die geplante Preiserhöhung, die ab 01.11.2015 wirksam werden solle. Mit den generierten Mehreinnahmen werde trotzdem keine vollständige Kostendeckung erreicht und befinde man sich im Städtevergleich immer noch im unteren Preissegment.

Herr Heuer verweist auf die im Jahr 2010 geführte Diskussion zur Preisgestaltung und die seiner Meinung nach getroffene Vereinbarung, dies nicht den

Stadtwerken allein zu überlassen, sondern per Gebührensatzung durch die Stadtverordnetenversammlung beschließen zu lassen.

Herr Exner betont, dass es sich hierbei nicht um eine Entgeltordnung der Stadt handle, sondern um die der Bäderlandschaft – einer Tochter der Stadtwerke. Das wirtschaftliche Risiko liege damit in diesen Unternehmen, so dass auch sie die wirtschaftliche Tragfähigkeit einschätzen müsse. Er verweist im Weiteren auf den von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Betrauungsakt und die verabredeten Benchmarks.

Herr Gessner, Bereichsleiter Sport, ergänzt, dass im Ergebnis der Debatte 2010 die Gebührenordnung aufgehoben und durch ein Preisblatt ersetzt worden sei.

Im Ergebnis der Diskussion wird das Verfahren nochmals geprüft und über das Ergebnis informiert.

**zu 5.2      Entwicklungsbereich Krampnitz - 9. Sachstandsbericht**

**Vorlage: 15/SVV/0587**

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.3      Handlungskonzept Papierkörbe einschl. Dog- Station**

**Vorlage: 15/SVV/0606**

Oberbürgermeister, Fachbereich Grün- und Verkehrsflächen

Herr Dr. Scharfenberg führt zur vorliegenden Mitteilungsvorlage aus, dass kurz vor den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr ein sauberes Stadtbild im Interesse aller Fraktionen gelegen habe, einschließlich der dafür notwendigen Hundetoiletten. Gleichzeitig wurde der Wille erklärt, die Entsorgung der Papierkörbe aus einer Hand – nämlich durch die Stadtentsorgung (STEP) vornehmen zu lassen. Nun werde mitgeteilt, dass die Schwierigkeit darin bestehe, die Papierkörbe zu erfassen. Er sei überrascht, wie kompliziert sich die Umsetzung des genannten Anliegens gestalte. Er fragt nach, woran es liege, dass die Erfassung noch nicht vorliege, wie sicher es sei, dass dieses in absehbarer Zeit vorliegen werde und wie die Übertragung auf die STEP vorbereitet werde. Insgesamt sei die vorliegende Mitteilung unbefriedigend und der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht erfüllt.

Herr Schenke, FB Grün- und Verkehrsflächen verweist darauf, dass sich vier Akteure um Papierkörbe kümmern. Das sind neben der STEP der Bereich Grünflächen, die Verkehrsbetriebe (ViP) und auch Private. Da auf letztere kaum Einfluss bestehe, habe sich diese Zeitverzögerung ergeben. Herr Weise, Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen ergänzt, dass im Februar 2016 ein umsetzungsfähiges Konzept vorliege und bis dahin über die Zwischenstände informiert werde.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 5.4      Bericht über den Stand der Zielerreichung der ProPotsdam GmbH**

**Vorlage: 15/SVV/0683**

Oberbürgermeister, FB Kommunikation, Wirtschaft und Beteiligung

Zur vorliegenden Mitteilungsvorlage informiert Herr Westphal ergänzend per Power-Point-Präsentation über bekannte und neue Instrumente, die die Mietpreis- und Belegungsbindung unterstützen. Er geht dabei auf den neuen Wohnflächenbonus PLUS, die Kooperationsvereinbarung mit der Landeshauptstadt Potsdam zur Unterbringung von Flüchtlingen, auf das Modellprojekt zur Reintegration von Wohnungslosen, den Sozialfond PLUS und Neubautätigkeiten ein.

Der Oberbürgermeister merkt dazu an, dass diese Vorhaben schon weit über die ursprüngliche Vereinbarung hinausgehen und einen ersten Schritt zur Umsetzung des wohnungspolitischen Konzeptes darstellen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **neu Information über die aktuelle Flüchtlingssituation**

Frau Müller-Preinesberger informiert über die verschärfte Situation in den Erstaufnahmestellen und darüber, dass Potsdam weitere 71 Personen mehr als schon bislang zugewiesen wurden, unterbringen müsse. Diese zusätzlichen Plätze konnten in Gemeinschaftsunterkünften mit Unterstützung einer Jugendherberge und der Anmietung einer Pension geschaffen werden.

Vor der Hauptausschusssitzung habe die Arbeitsgruppe des Hauptausschusses zusammengesessen und weitere Möglichkeiten besprochen. Darüberhinaus seien Objekte in Prüfung, die sich aber erst Anfang 2016 realisieren lassen. Trotzdem werde daran festgehalten, Flüchtlinge nicht in Turnhallen unterzubringen. Die Standortliste sei der o.g. Arbeitsgruppe bekannt, sollte aber unbedingt vertraulich behandelt werden, um die betroffene Nachbarschaft im Vorfeld auch informieren zu können. Danach werden diese Standorte auch öffentlich gemacht. Für die Leichtbauhallen seien jetzt die Standorte Freiland, Slatan-Dudow-Straße, Sandscholle und Neu Fahrland vorgesehen.

Der Oberbürgermeister richtet anschließend nachdrücklich den Appell an alle Beteiligten, mit Informationen zu möglichen Standorten sorgsam umzugehen und eine umfängliche Prüfung zu ermöglichen, ob diese Standorte wirklich realisierbar sind. Ansonsten werde unnötige Aufregung erzeugt, wie z. B. mit der Biosphäre, die sich letztlich als nicht nutzbar erwiesen habe. Sobald die Standorte feststehen, werde auch transparent damit umgegangen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller, nach dem Betreuungsschlüssel, antwortet Frau Müller-Preinesberger, dass hier ein sogenannter Mischschlüssel von 1:60 angewendet werde.

Im Weiteren verweist sie darauf, dass die Vergabe der Betreuung nicht wie sonst üblich durch ein Vergabeverfahren erfolge, sondern sich hier dem Rechnungsprüfungsamt und der Innenrevision bedient werde. Die derzeitigen Träger seien angefragt worden, ob sie in der Lage seien, weitere Betreuungsleistungen zu übernehmen. Herr Thomann, Fachbereichsleiter Gesundheit und Soziales, arbeite derzeit an einem Rahmenvertrag zur Sicherstellung der fachlichen Betreuung.

Herr Tölke, Fachbereichsleiter Jugendamt, informiert anschließend über die Situation bezüglich der Aufnahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Sei bislang von 400 – 500 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ausgegangen

worden, die auf 4 Schwerpunktämter zu verteilen gewesen wären, liege die Zahl jetzt zwischen 1500 – 1750. Damit sei die Beteiligung von lediglich 4 Jugendämtern vom Tisch und seien alle Jugendämter gleichermaßen gefordert. In der Heinrich-Mann-Allee stehen zwei Etagen zur Verfügung, in denen 30 dieser Flüchtlinge untergebracht wurden, 17 seien davon aber bereits weiter nach Schweden oder Dänemark gereist. Problematisch sei die Nachsorge; die Schaffung notwendiger Kapazitäten gestalte sich derzeit schwierig. Wichtig sei, so der Oberbürgermeister, dass hier der Bund die Kosten trage.

## zu 6      **Sonstiges**

Herr Exner informiert über die **Entscheidung** des Obergericht (OVG) Berlin-Brandenburg am gestrigen Dienstag. Die seit dem 1. Oktober 2014 geltende **Übernachtungssteuersatzung** der Landeshauptstadt sei rechtmäßig; es bedarf keiner Nachsorge. Im Weiteren sei eine Revision zum Bundesverwaltungsgericht nicht zugelassen, so dass nur eine Nichtzulassungsbeschwerde erhoben werden könne.

Auf Nachfrage von Herrn Kirsch, werden die Einnahmen aus dieser Steuer auf ca. 870.000 Euro beziffert.

Herr Exner informiert im Weiteren darüber, dass die **Bürgschaft** der Landeshauptstadt Potsdam **zur Finanzierung des neuen Sport- und Freizeitbades** Potsdam seitens des Ministeriums des Inneren in einem Paket aus insgesamt vier Ausfallbürgschaften der Landeshauptstadt Potsdam für insgesamt 36,2 Millionen Euro **genehmigt** worden sei. Die Bürgschaft betreffe jeweils zwei Kredite der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) sowie der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam (MBS). Durch die Bürgschaften verbessern sich die Kreditkonditionen und sind einem günstigen Kommunalkredit mit niedrigerem Zinssatz ähnlich. Die Bürgschaften seien auf 80 Prozent der jeweiligen Darlehenssummen begrenzt. Er verweist weiterhin darauf, dass die Genehmigung auch ein Zeichen dafür sei, dass die Landeshauptstadt Potsdam als Antragstellerin inzwischen über eine sehr solide Haushaltslage mit mittelfristig steigender Leistungsfähigkeit verfüge.

Der Oberbürgermeister dankt in diesem Zusammenhang Herrn Böhme, der mit dieser Angelegenheit viel Arbeit hatte und ein nicht unerhebliches Risiko getragen habe.